

Strafanzeige gegen Ratskollegin

Weil die Aufsichtsbehörde Kenntnis eines internen Papiers erhielt, bietet Usters Stadtrat die Justiz auf. Die Ustermer Behörden wollen sich wieder vertragen. Hängig ist aber ein Verfahren gegen die Schulpräsidentin wegen angeblicher Amtsgeheimnisverletzung.

STEFAN HOTZ

In Uster herrscht wieder Minne. Diesen Eindruck erweckt die am Dienstag vom Stadtrat verschickte Medienmitteilung. Grund war die Publikation eines Berichts über die Kostenentwicklung der Primarschule, den die vom Stadtrat beauftragte Beratungsfirma Federas vor über einem halben Jahr ablieferte. Im Sommer 2017 war ein Konflikt um die Budgetierung zwischen der Schulpflege und dem Stadtrat hochgekocht. Nun heisst es im Communiqué, die Aufarbeitung früherer Versäumnisse und bereits ergriffene Massnahmen legten die Grundlage für eine vertrauensvolle und effiziente Zusammenarbeit.

Der Inhalt des Gutachtens tönt ziemlich harmlos. Dass das Budget der Jahre 2016 und 2017 jeweils nicht eingehalten werden konnte, weil der Anstieg der Schülerzahl ungenügend berücksichtigt war, hat die Schulpflege längst eingestanden und ihre Präsidentin Patricia Bernet hat dies mehrfach öffentlich bedauert. Die Gutachter stellen indes eine Mitverantwortung des Stadtrats und seiner Finanzabteilung fest, die den Voranschlag der Primarschule ohne weiteres akzeptierten. Die Empfehlung an beide Behörden lautet in der Alltagssprache, sich endlich zusammenzuraufen und gemeinsam Lösungen zu suchen.

Auf Wunsch der Aufsicht

Nicht bekannt war bis anhin, dass der Stadtrat in dieser Sache zweimal Strafanzeige wegen Verdachts auf Amtsgeheimnisverletzung erstattet hatte. Eine davon richtet sich gegen Schulpräsidentin Bernet, die von Amtes wegen Mitglied des Stadtrats ist. Sie bestätigte dies auf Anfrage. Stadtpräsident Werner Egli lehnte nähere Informationen ab, da es sich um ein hängiges Verfahren handle. Mit wenigen Gesprächen lässt sich jedoch rekonstruieren, was damals geschah.

Im Spätsommer 2017, als der Streit zwischen den Ustermer Behörden prominent Thema in den lokalen Medien war, stand wie alle zwei Jahre die ordentliche Visitation der Stadt Uster durch den Bezirksrat an. Dessen Mitglied Ludi Fuchs ist für die Schule zuständig. Angesichts der aktuellen Situation führte er in Absprache mit Usters Finanzvorstand Cla Famos ein Vorgespräch mit der Primarschulpräsidentin. Dabei sagte ihm Patricia Bernet, der Stadtrat habe einen Bericht in Auftrag gegeben. Fuchs bat sie bei Vorliegen um dessen Zustellung. Dem kam Bernet nach.

Wenig später trat Parlamentspräsident Baltasar Thalmann an den Bezirksrat heran. Der Streit war selbstverständlich Thema in der Geschäftsleitung des Gemeinderats, die regelmässig Gespräche mit den andern Behörden führt. Fuchs stellte den Federas-Bericht im Vertrauen Thalmann zu, der in der Folge im engen Kreis einen Vorschlag für das weitere Vorgehen im

Interesse einer konstruktiven Zusammenarbeit suchte. So weit kam es nicht. Als Famos von Thalman erfuhr, dass er Kenntnis des Berichts habe, eskalierte die Situation. Etwas später erstattete der Stadtrat Strafanzeige gegen Bernet und Fuchs, obwohl der Bericht nicht an die Öffentlichkeit gelangt war.

Fuchs, Mitglied der kantonalen Aufsichtsbehörde über die Gemeinde, und Thalman, Präsident der politischen Aufsicht über den Stadtrat, wollten in einer schwierigen Situation mit besten Absichten vermitteln und deeskalierend wirken. Bernet sagte auf Anfrage, sie hätten den Bericht im Rahmen der Visitation durch den Bezirksrat weitergegeben. Falls das nicht korrekt gewesen sei, tue ihr das leid. Wichtig sei, dass sie der Schule in Uster keinen Schaden zugefügt habe.

Bezirksratspräsident Marcel Tanner hat für die Strafanzeige gegen das Bezirksratsmitglied wenig Verständnis. «Als Aufsichtsbehörde müssen wir Zugang zu solchen Dokumenten haben, um bei Problemen zwischen Behörden einschreiten oder Unterstützung bieten zu können», sagte er auf Anfrage. Dass das zuständige Bezirksratsmitglied sich der Problematik zwischen Stadtrat und Primarschulpflege etwas eingehender gewidmet habe, sei dem Stadtrat bekannt gewesen und explizit begrüsst worden. Der frühere Staatsanwalt rechnet nach seinem Kenntnisstand der Akten damit, dass die Strafverfolgungsbehörden das Verfahren einstellen werden. Die ganze Thematik habe zu Diskussionen geführt, ob die Visitation abgesagt werden solle, sagt Tanner. Sie sei aber gleichwohl durchgeführt worden.

Fehler auf beiden Seiten

Warum legte dieses Gutachten die Nerven derart blank? Vor dem geschilderten Hintergrund liest sich der Bericht anders. Der Auftrag an Federas lautete, den Budgetprozess der Primarschule zu durchleuchten, dort nach Fehlern zu suchen und Empfehlungen abzugeben. Die Gutachter hielten dann auch fest, der Stadtrat habe unrealistische Vorgaben gemacht. Mit einem angemessenen Controlling von Schule und Stadt hätten sich die Budgetabweichungen früher erkennen lassen.

War der Bericht für die Auftraggeber brisant, weil er nicht ihren Erwartungen entsprach? Zweimal schreiben die Gutachter, bei der Erarbeitung des Budgets 2018 habe die Primarschulpflege «grosse», das andere Mal «bedeutende» Fortschritte gemacht. Schon bevor der Bericht vorlag, verfügte der Stadtrat, dass die Finanzverantwortliche der Schulverwaltung der Finanzabteilung unterstellt wird. Die Experten zweifeln, dass diese Massnahme zur Klärung beiträgt.

Der Konflikt weist auf strukturelle Probleme hin. Die Primarschulpflege in Uster ist eine vom Volk direkt gewählte 13-köpfige, eigenständige Exekutive. Die Antragstellung an das Parlament erfolgt jeweils über den Stadtrat. Diese Konstellation führte schon früher zu Diskussionen. Die Schulpräsidentin trägt oft zwei Hüte und erfüllt laut dem Federas-Bericht als Bindeglied zwischen Stadtrat und Schulpflege eine «äusserst anspruchsvolle Rolle». Im Übrigen gilt: Wer mit ihrer Amtsführung unzufrieden ist, könnte eine Gegenkandidatur aufstellen. Eine solche gibt es aber nicht. Patricia Bernet, die erneut antritt, hat bei der Wahl am 15. April keine Konkurrenz.

Wie weiter im Stadtrat?

Das wirft umso mehr die Frage auf, wie es weitergehen soll. Im September empfahlen die Autoren des Federas-Berichts ausdrücklich beiden Seiten Offenheit für einen Neubeginn und einen konstruktiven Dialog. Wenig später setzte der Stadtrat die Justiz in Gang. Ausgelöst durch die Fragen der NZZ gab er am Mittwoch selber mit einer vorbereiteten Mitteilung bekannt, dass er Strafanzeige gegen ein Mitglied der Stadtregierung eingereicht habe. Dies habe «namentlich keinen Einfluss auf die weitere Arbeit der städtischen Exekutive».

Wie eine vertrauensvolle Zusammenarbeit im Stadtrat möglich sein soll, wenn gegen ein Mitglied eine von der Mehrheit angestregte Strafuntersuchung läuft, wollten am Mittwoch weder Finanzvorstand Famos noch Stadtpräsident Egli beantworten – unter Verweis auf das laufende Verfahren. Ein Vorschlag zur Güte wäre eine sogenannte Desinteresse-Erklärung: Anzeigeerstanter können gegenüber der Untersuchungsbehörde mitteilen, ihnen liege nichts mehr an der Strafuntersuchung. Entscheiden muss dann immer noch die zuständige Staatsanwaltschaft. Es besteht in der jetzigen Situation kaum noch ein öffentliches Interesse an der Fortführung dieser Verfahren.